

Trump eskaliert Konflikt mit Richtern auf neue Höhen

Trump's Auseinandersetzung mit Richtern erreicht neue Dimensionen. Richter Boasberg stellt fest, dass die Regierung absichtlich gegen gerichtliche Anordnungen verstößt. Ein Analyse über Reaktionen und Risiken.



CNN – **Richter James Boasberg** hat am Mittwoch entschieden, dass die Trump-Administration „vorsätzliche Missachtung“ seines Befehls für eine Aussetzung der Abschiebungsflüge gezeigt hat. Dies geschah im Rahmen eines Rechtsstreits über die Rechtmäßigkeit der Abschiebungen. Er ist der erste Richter, der feststellt, dass „wahrscheinlicher Grund vorliegt“, um Beamte der Administration wegen strafrechtlicher Missachtung zu belangen.

Die rechtlichen Auseinandersetzungen erweitern sich

Der juristische Streit darüber, ob Bundesbeamte Boasbergs Befehle missachtet haben, entfaltet sich in einem größeren Muster der Geringschätzung und Sturheit der Administration gegenüber den Richtern, die die Agenda von Präsident Donald Trump eingeschränkt haben. Der Ton wird von Trump selbst gesetzt.

Angriffe auf Richter und Gerichte

Beamte der Trump-Administration haben persönliche Angriffe gegen Boasberg und andere Richter in sozialen Medien und öffentlichen Auftritten gestartet. Regierungsanwälte haben bei grundlegenden Fragen zur juristischen Problematik oft Unkenntnis geäußert. Angesichts von Urteilen, die Trumps Politiken aussetzten, hat die Administration bemerkenswerte Abneigung gegenüber der gerichtlichen Autorität gezeigt, wie aus den Anweisungen hervorgeht, die sie den Behörden für die Befolgung der richterlichen Anordnungen gegeben hat.

„Es ist atemberaubend in seiner Dreistigkeit und dem Fehlen jeglicher Anstandsregeln“, sagte der pensionierte Richter John Jones III, ein von George W. Bush ernannter Richter am Bundesgericht in Pennsylvania. „So etwas habe ich noch nie von der Justizbehörde gesehen und auch von keinem Anwalt, der vor einem Bundesgericht praktiziert.“

Ein Fall von fälschlicher Abschiebung

Die sorglose Haltung der Administration steht besonders im Mittelpunkt des Falles um die fälschliche Abschiebung eines Migranten in Maryland in ein Hochsicherheitsgefängnis in El Salvador. Dieser Fall hat an Intensität gewonnen, nachdem das Oberste Gericht letzte Woche größtenteils einen Befehl des Bezirksrichters bestätigt hat, der die Trump-Administration dazu aufforderte, die Rückkehr des Migranten in die Vereinigten Staaten zu „ermöglichen“.

Während einer Anhörung am Dienstag vor der US-Bezirksrichterin Paula Xinis versuchte der DOJ-Anwalt Drew Ensign, die Interpretation der Anweisungen des Obersten Gerichts durch sie infrage zu stellen, und deutete an, dass die Administration jeden Befehl anfechten würde, der den Begriff „ermöglichen“ weit definiert.

Die Reaktion der Trump-Administration

„Der Oberste Gerichtshof hat gesprochen. Ich halte mich so eng wie möglich an den Obersten Gerichtshof. Mein Befehl ist klar und direkt. Meiner Ansicht nach gibt es nichts, was anfechtbar wäre“, entgegnete Xinis. Die Behörde hat mittlerweile gegen ihren Befehl vom 11. April Berufung eingelegt, den sie einen Tag nach der Entscheidung des Obersten Gerichts erlassen hatte.

In dieser und anderen rechtlichen Auseinandersetzungen haben führende Trump-Beamte die Auffassung vertreten, dass sie, egal was die unteren Gerichte entscheiden, den Obersten Gerichtshof auf ihrer Seite haben.

Zusammenstöße mit Richtern

Während der ersten Präsidentschaft von Trump waren Richter oft Ziel seiner gefürchteten Tiraden in sozialen Medien, was zu Sicherheitsbedenken bezüglich der Sicherheit der Richter führte.

Auch die führenden Beamten seiner zweiten Administration nehmen Richter häufig zur Zielscheibe.

Der stellvertretende Stabschef des Weißen Hauses, Stephen Miller, bezeichnete Xinis als „Marxistin“, die „jetzt denkt, sie sei Präsidentin von El Salvador“. Generalstaatsanwältin Pam Bondi behauptete, Boasberg versuche „Terroristen zu schützen, die unser Land über amerikanische Bürger hinweg überfallen haben“. Trump verstärkte die Idee, dass Boasberg impeached werden sollte.

Reaktion und Kommunikation der Justizbehörde

Die herablassende Rhetorik hat auch in den formelleren Äußerungen der Administration Einzug gehalten. Als das Justizministerium kommunizieren musste, dass ein Richter eine Trump-Verordnung, die die Fähigkeit einer Anwaltskanzlei angreift, mit der Bundesregierung zu interagieren, ausgesetzt hat, wurde in einem Schreiben, das von Bondi verfasst wurde, gesagt, dass „ein nicht gewähltes Gericht erneut in die Entscheidungs- und Meinungsfreiheit der Exekutive eingegriffen hat“.

Die US-Einwanderungsbehörde hat eine Mitteilung auf ihrer Website überarbeitet, in der angekündigt wurde, dass eine Trump-Einwanderungspolitik von einem Gericht in Kalifornien ausgesetzt wurde. Die ursprüngliche Version der Mitteilung gab die Entscheidung des Gerichts und deren Auswirkungen auf die Politik in klarer Sprache wieder. Einige Tage später wurde die Mitteilung jedoch umformuliert und entblößte mehrere Seitenhiebe gegen das Urteil des Richters.

Blick auf den Obersten Gerichtshof

Die Rufe von der rechten Seite, Boasberg und andere Richter, die gegen Trump entschieden haben, abzusetzen, haben einen

Höhepunkt erreicht, woraufhin der Vorsitzende Richter John Roberts eine bemerkenswerte Erklärung abgab – ohne einen bestimmten Richter zu benennen – und erklärte, dass der normale Rechtsmittelprozess, und nicht das Amtsenthebungsverfahren, die „angemessene Reaktion auf Auseinandersetzungen über eine gerichtliche Entscheidung“ sei.

Diese Erklärung hat wenig dazu beigetragen, die Stimmung zu beruhigen. Selbst wenn das Oberste Gericht gegen die Administration entscheidet, hat die Mehrheit nicht die Gelegenheit genutzt, direkt anzusprechen, wie die Administration sich in unteren Instanzen verhalten hat. Laut Bagenstos scheint es, als ob das höchste Gericht es vermieden hat, Konflikte zu provozieren.

„Wenn Sie die Trump-Administration sind, könnte es eine gute Wette sein, dass Sie weiterhin respektlos gegenüber diesen Richtern der unteren Gerichte sein können und nichts Negatives für Ihre rechtliche Position als Folge daraus passieren wird“, bemerkte Bagenstos.

Rechtsbeobachter stellen fest, dass dies die Situation nicht verbessert, da das Oberste Gericht vage und möglicherweise unklare Sprache in den kurzen Notfallbeschlüssen verwendet hat, die die unteren Gerichte anweisen, ihre Anordnungen für die Regierung zu „präzisieren“.

„Es scheint mir, dass es schlimmer wird, die Spannungen steigen“, sagte Jones, der ehemalige Richter. Roberts und die anderen Richter werden „beginnen müssen, die Richter der unteren Gerichte zu schützen“.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at